

10.01.2019

DR. HUBERTUS KNABE

Der lange Arm der SED

Einflussnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit auf
politische Protestbewegungen in Westdeutschland

In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 38/99, S.
11-17

Der lange Arm der SED

Einflußnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit auf politische Protestbewegungen in Westdeutschland

I. Einleitung

Politischer Protest in der alten Bundesrepublik ist seit Anfang der siebziger Jahre zu einem Standardthema politikwissenschaftlicher Forschungen avanciert. Wenig Aufmerksamkeit fand dabei bislang die Frage nach externer Einflußnahme auf westdeutsche Protestbewegungen.

Trotz Öffnung der ostdeutschen Archive liegen auch zehn Jahre nach dem Untergang der SED-Herrschaft über die kommunistischen Unterwanderungs- und Beeinflussungsversuche gegenüber politischen Protestbewegungen in der Bundesrepublik neben einschlägigen Dokumentationen des Verfassungsschutzes nur wenige, zumeist aus der Vor-Wende-Zeit stammende Analysen vor¹. Auch neuere zeithistorische Untersuchungen, beispielsweise über die Studentenbewegung der sechziger Jahre, verzichten zumeist auf eine Auswertung entsprechender DDR-Archivalien². Inzwischen ist es jedoch möglich, anhand der überlieferten Quellen aus den Apparaten der SED, der von ihr gelenkten Massenorganisationen und Institutionen sowie des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) externe Einwirkungen auf politische Entwicklungen in der Bundesrepublik zu rekonstruieren und zu bewerten. Im folgenden soll dies anhand zweier für die Geschichte der Bundesrepublik bedeutender Protestbewegungen geschehen – der Studentenbewegung der sechziger und der Friedensbewegung der achtziger Jahre. Da es sich in beiden Fällen um komplexe historische Vorgänge handelt, muß sich die Analyse auf eine skizzenhafte Darstellung beschränken, die an anderer Stelle vertieft werden soll³.

Seit Gründung der beiden deutschen Staaten entfaltete die SED vielfältige Anstrengungen, um in Westdeutschland eine linke Opposition zu formieren. In den fünfziger Jahren ging es dabei vor allem um die Verhinderung der Wiederbewaffnung und der Integration der Bundesrepublik in die westliche Staatengemeinschaft, während in den sechziger Jahren die völkerrechtliche Anerkennung der DDR im Mittelpunkt stand. In den siebziger und achtziger Jahren zielte die SED vorrangig auf eine Stabilisierung des Status quo sowie auf die Verhinderung von westlichen Rüstungsanstrengungen. Zur Durchsetzung dieser Ziele bediente sie sich in der Bundesrepublik neben der (ab 1956 verbotenen) KPD und ihrer Nachfolgeorganisation, der DKP, verschiedener Vorfeld- oder Tarnorganisationen sowie einzelner mit der SED verbundener Kader in den Gewerkschaften, in der SPD und anderen politischen Gruppierungen. Für diese „Westarbeit“ (bis zum Mauerbau: „gesamtdeutsche Arbeit“) unterhielt die SED einen zentral gelenkten Apparat, der auch die Bezirke und die Massenorganisationen der DDR umfaßte und kontinuierlich in der Bundesrepublik Einfluß nahm⁴. Anfang der sechziger Jahre hatte dieser Apparat beispielsweise allein auf Bezirks- und Kreisebene 473 „feste Verbindungen“ zu „fortschrittlichen Kräften“ in der Bundesrepublik, von denen 209 SPD-Mitglieder und 75 SPD-Funktionäre waren⁵. Darüber hinaus war das MfS in Parteien und Verbänden mit einer bis heute unbekanntem Zahl an Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und sogenannten Kontaktpersonen (KP)⁶ veran-

4 Vgl. Martin Mönninghoff, „Hettstedt ruft Münster!“, „Westarbeit“ der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Bezirk Halle und in Nordrhein-Westfalen (1956–1970), Münster 1998; Jochen Staadt, Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993.

5 Die Zahl der auf dem Gebiet der Westarbeit tätigen hauptamtlichen DDR-Funktionäre betrug 1962 insgesamt 537 (ohne SED), darunter 135 beim FDGB, 45 beim Ausschuß für Deutsche Einheit und 38 bei der FDJ. J. Staadt (Anm. 4), S. 36 und S. 38 f.

6 Der einschlägigen Richtlinie zufolge handelte es sich dabei um Bundesbürger, die über Zugang zu „operativ bedeutsamen Informationen“ oder über Möglichkeiten der aktiven politischen Einflußnahme verfügten und zu denen eine „stabile Verbindung“ bestand, ohne daß sie den nachrichten-

1 Vgl. stellvertretend: Wolfgang Rudzio, Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik, Opladen 1988.

2 Vgl. Willy Albrecht, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994.

3 Vgl. Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 1999 (i. E.).

kert, die Informationen beschafften und zur Beeinflussung mittels „aktiver Maßnahmen“⁷ eingesetzt werden konnten.

II. Studentenbewegung

Bei den Bemühungen, Einfluß auf kritische westdeutsche Studenten zu gewinnen, konzentrierten sich die SED und die von ihr angeleiteten Apparate der FDJ und der (illegalen) KPD anfangs auf den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), der bis zum Unvereinbarkeitsbeschluß vom November 1961 offizieller Studentenverband der SPD war. Eine Schlüsselrolle spielte dabei die sogenannte „Konkret“-Fraktion, die sich um die gleichnamige Hamburger Zeitschrift gruppierte. Das Blatt war 1955 auf Beschluß des Zentralrates der FDJ gegründet worden und wurde überwiegend aus der DDR finanziert⁸. Ihrem langjährigen Chefredakteur Klaus Rainer Röhl zufolge wurde die „Konkret“-Gruppe durch „Instruktoren“ der illegalen KPD angeleitet und die „praktische Zusammenarbeit“ bei konspirativen Zusammenkünften in Ostberlin besprochen⁹. Außer über das Blatt selbst, das in studentischen Kreisen beträchtliche

dienstlichen Charakter kannten. Vgl. Richtlinie 2/79 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern im Operationsgebiet“ vom 8. 12. 1979; BStU (Bundesbeauftragter für Stasiunterlagen), ASt Berlin, XV 22, vollständig dokumentiert in: Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.), Die Inoffiziellen Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1998, S. 471–513, hier: S. 507 f.

7 „Aktive Maßnahmen“ waren der Richtlinie 2/79 zufolge darauf gerichtet, mit Hilfe „operativer Kräfte, Mittel und Methoden den Feind bzw. einzelne feindliche Kräfte und Institutionen zu entlarven, zu kompromittieren bzw. zu desorganisieren und zu zersetzen; progressive Ideen und Gedanken zu verbreiten und fortschrittliche Gruppen und Strömungen im Operationsgebiet zu fördern; die Entwicklung von Führungspersonlichkeiten und solchen Personen zu beeinflussen, die bei der Bestimmung der öffentlichen Meinung eine besondere Rolle spielen“. Der Einsatz der „konspirativen Kräfte, Mittel und Methoden“ war dabei so vorzunehmen, „daß Ausgangspunkte, handelnde Personen und Zielsetzung der aktiven Maßnahmen verschleiert werden“, ebd., S. 476.

8 Der Zentralrat der FDJ hatte den späteren DKP-Vorsitzenden Herbert Mies am 6. April 1955 damit beauftragt, in Westdeutschland eine von der FDJ bezuschulte Studentenzeitschrift zu gründen, deren „feste Grundlage“ die sowjetische Deutschlandpolitik sein sollte; Seitenumfang, Preis, Druck und Titel waren von der FDJ vorgegeben worden; vgl. SAPMO-BA FDJ A 2534 (SAPMO-BA = Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv). Am 8. Mai 1955 erschien die erste Ausgabe unter dem Namen „Studentenkurier“, ab Oktober 1957 nannte sie sich dann „Konkret“.

9 Klaus Rainer Röhl, Fünf Finger sind keine Faust, Köln 1974, S. 9ff, 90ff. und 129ff.

Popularität genoß, nahm die „Konkret“-Fraktion über ihre Kader Einfluß, die ihre Position im SDS unter anderem dadurch ausbauten, daß sie an Universitäten, an denen es keinen SDS gab, neue SDS-Gruppen gründeten; bei Bundesdelegiertenkonferenzen standen diesen automatisch zwei Stimmen zu¹⁰. Im Oktober 1958 wurde mit Oswald Hüller erstmals ein Vertreter der orthodoxen Linken zum Bundesvorsitzenden gewählt. Mit Verfahrenstricks gelang es der „Konkret“-Fraktion wenig später, beim Westberliner Kongreß der studentischen Anti-Atom-Ausschüsse (Januar 1959) und beim Kongreß „Für Demokratie – gegen Restauration und Militarismus“ in Frankfurt (Mai 1959) Resolutionen durchzusetzen, die den Vorstellungen der SED weit entgegenkamen¹¹.

Unterlagen des MfS zeigen, daß der Staatssicherheitsdienst in dieser Zeit gezielt Agenten in den SDS einschleuste; von einigen sind umfangreiche IM-Vorgänge überliefert. Im Auftrag der Staatssicherheit „floh“ beispielsweise der ehemalige FDJ-Funktionär Peter Heilmann nach Westberlin, um sich dort in der SPD und im SDS zu engagieren¹². 1959 wurde er als Vertreter der „gemäßigten Mitte“ in den Bundesvorstand des SDS gewählt, nachdem Oswald Hüller unter dem Druck der SPD zuvor von seinem Amt suspendiert worden war. Vor allem zwischen 1959 und 1961 lieferte er der Staatssicherheit regelmäßig Einschätzungen zur Situation im SDS, übermittelte interne Beschlüsse und Sitzungsprotokolle und gab taktische Hinweise, wie der Verband von der SED am wirkungsvollsten instrumentalisiert werden könnte.

1959 verpflichtete das MfS auch den nach Westberlin geflüchteten Studenten Walter Barthel, der der FDJ interne Unterlagen aus dem SDS angeboten hatte¹³. Als „Zielstellung“ wurde ihm vorgegeben, die hauptamtliche Sekretärsstelle des Berliner SDS zu besetzen, wozu er seine „bisherige linke Einstellung schrittweise auf die Position des 3. Weges bringen“ sollte¹⁴. Tatsächlich wurde Barthel im Februar 1960 Berliner Landessekretär, von wo aus er das MfS mit zahlreichen Berichten, Personencharakteristiken und Einwirkungsvorschlägen belieferte. Dem Staatssicherheitsdienst führte

10 Vgl. ebd., S. 147 ff.; Tilman Fichter, SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei, Opladen 1988, S. 281.

11 Vgl. K. R. Röhl (Anm. 9), S. 142 ff.; Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker, Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstauflösung, Berlin 1977, S. 56.

12 IM-Vorgang „Adrian Pepperkorn“ (18bändige Teilablage); BStU, ZA, A 589/85.

13 IM-Vorgang „Kurt“ (11bändige Teilablage); BStU, ZA, AIM 10996/66.

14 HA V/6: Treffbericht vom 23. 12. 1959; BStU, ZA, MfS 10996/66, Bd. 1, Bl. 104–107, hier: Bl. 106.

er im September 1961 einen weiteren Mitarbeiter zu, den damaligen Gruppenvorsitzenden am Otto-Suhr-Institut, Dietrich Staritz, der 1962 in den politischen Beirat des Westberliner SDS-Vorstandes gewählt wurde¹⁵. In Absprache mit dem MfS betätigten sich beide bald auch als Informanten des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Alle drei Genannten spielten im Berliner SDS, der mit 200 Mitgliedern etwa ein Viertel der gesamten Mitgliedschaft stellte, eine wichtige Rolle. Den überlieferten Aktenvorgängen zufolge lag ihre Aufgabe vor allem darin, aus erster Hand über verbandsinterne Vorgänge und Kräftekonstellationen zu berichten sowie Personen zu benennen, die für das MfS oder für die FDJ ansprechbar erschienen. Darüber hinaus machten sie Vorschläge für das Auftreten der mit der SED verbundenen Kader und die Beeinflussungsversuche der FDJ. Heilmann, der im Mai 1959 an dem umstrittenen Frankfurter Kongreß teilgenommen hatte, warnte beispielweise das MfS davor, daß durch das Vorsprechen der Hüller-Fraktion der Bogen überspannt werden könnte. In seinem Bericht monierte er, daß die „Konkret“-Gruppe Forderungen gestellt hätte, die sogar weit über die der Sowjetunion hinausgegangen seien¹⁶. Wenig später schlug er vor, „durch ernsthafte Betrachtungen über die DDR, in der Positives und Negatives miteinander abgewogen werden, wobei zweifellos in geschickter Weise das Positive überwiegen kann, zu wirken. . . . ‚Konkret‘ müßte darüber hinaus seinen Freunden empfehlen, intensiv und praktisch im SDS mitzuarbeiten, ohne sich zunächst in ideologische Debatten zu schmeißen.“¹⁷

Auch Barthel benannte in seinen Berichten immer wieder Ansatzpunkte für eine Stärkung der SED-freundlichen Positionen im SDS. Nach dem Ende der finanziellen Zuwendungen durch die SPD empfahl er etwa, daß die FDJ verstärkt in das dadurch entstandene Vakuum eindringen sollte. „Dazu ist es notwendig, daß sich sofort geeignete SDS-Mitglieder, die über die FDJ lanciert werden können, bereit finden, Funktionen zu übernehmen. . . . Ich schlage vor, daß die FDJ die ihnen bekannten und befreundeten SDS-Genossen dahingehend instruiert, daß diese von sich aus an [es folgen zwei Namen von SDS-Funktionären] oder Barthel herantreten und ihre Bereitschaft zur Mitarbeit zu erkennen geben.“¹⁸ Im Vorfeld der

Bundesdelegiertenkonferenz im Oktober 1960 informierte er auch über die akuten Finanzprobleme des SDS und schlug vor, daß dem SDS „ein gewisser Betrag“ zur Finanzierung des Transportes der Delegierten überwiesen wird¹⁹. Schon am folgenden Tag fertigte das MfS eine ausführliche „Information“, in der es hieß: „Vorschlag für die FDJ! Hier besteht die Möglichkeit, sich mit einem PKW anzubieten. Die bisherige finanzielle Lage des SDS ist denkbar ungünstig, da zur Zeit nur noch 5 DM auf dem Konto vorhanden sind. Zur Finanzierung des Transportes und aller anfallenden Unkosten wäre es erforderlich, daß die geplante Infiltrierung von Geld durch die FDJ schnellstens durchgeführt wird. Anfang November finden die Neuwahlen zum Landesvorstand des SDS in Berlin statt. . . . Dies wäre wiederum eine Möglichkeit, einen geeigneten Kandidaten der FDJ zu lancieren.“²⁰ Barthel schlug dem MfS dafür eine ganz bestimmte SDS-Vertreterin vor und meinte, die FDJ solle sofort mit ihr sprechen und sie dazu bringen, daß sie, wenn er sie danach frage, zusage und sich bereit erkläre, die Nachfolge des Organisationssekretärs im Landesvorstand zu übernehmen. „Damit wäre für ein weiteres Jahr die systematische Kontrolle des SDS-Landesvorstandes gewährleistet.“²¹ Zur finanziellen Unterstützung des SDS durch die FDJ empfahl er wenig später, daß diese „nicht kampagnenhaft vorgenommen, sondern in der bekannten Weise regelmäßig mit Beiträgen zwischen 20 und 80 DM erfolgen [solle], mit einem monatlichen Durchschnitt von etwa 300 DM“²².

Auch nach der Trennung zwischen SPD und SDS suchten MfS und SED den Studentenverband als „Speerspitze“ einer linken Opposition zu instrumentalisieren. Insbesondere bei der „Entlarvung“ ehemaliger Nationalsozialisten im westdeutschen Staatsapparat, beim Kampf gegen die Notstandsgesetze, bei den Protesten gegen den Vietnamkrieg und bei der Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR bedienten sie sich des studentischen Protestpotentials in der Bundesrepublik.

Im November 1965 stellte der Zentralrat der FDJ fest, daß sich „im SDS ein Prozeß zur realeren politischen Aufgabenstellung“ vollziehe. „Ein ehemaliges vordergründiges Anliegen des SDS, nicht nur kritisch zur Bundesrepublik, sondern auch zur DDR zu sein und beim Auftreten in der DDR der

15 IM-Vorgang „Erich“; BStU, ZA, AIM 10998/66.

16 HA V/2: Bericht vom 29. 5. 1959; BStU, ZA, MfS A 589/85, Bd. VI, Bl. 306–322, hier: Bl. 310.

17 HA V/2: Betr.: Delegiertenkonferenz des SDS in Göttingen vom 30. Juli bis 1. August 1959 (Abschrift eines Tonbandes), 12. 8. 1959; ebd., Bl. 387–391, hier: Bl. 390.

18 Betr.: Zur Lage im SDS, 21. 7. 1960; ebd., Bl. 203–208, hier: Bl. 206 f.

19 HA V/6: Treffbericht vom 21. 9. 1960; BStU, ZA, MfS 10996/66, Bd. 3, Bl. 8–16, hier: Bl. 15.

20 HA V/6: Information vom 22. 9. 1960; ebd., Bl. 21–25, hier: Bl. 25.

21 Ebd., Bl. 70.

22 Betr.: SDS-Landesbeiratssitzung, 10. 1. 1961; BStU, ZA, MfS 10996/66, Bd. 4, Bl. 41–51, hier: Bl. 50.

„Demokratisierung“ und „Liberalisierung“ zum Durchbruch zu verhelfen“, so heißt es in einer „Konzeption zur weiteren Einflußnahme der FDJ auf den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS)“, finde nur noch geringe Unterstützung und Resonanz. Der erweiterte Einfluß der progressiven Kräfte habe sich unter anderem „in der personellen Vertretung linker Kräfte im Beirat des SDS (Deppe-Marburg, Helberger-Westberlin)“ und in den „konsequenteren Aktivitäten des Bundesvorstandes“ gezeigt. Diese Kräfte konzentrierten sich insbesondere in den SDS-Gruppen von Köln, München, Münster, Mannheim, Hamburg, Kiel und Karlsruhe. „Die gegenwärtigen Positionen des SDS ergeben weitere und neue Möglichkeiten, durch verstärkte Bemühungen unsererseits die Beziehungen zu dieser Studentenorganisation – zu den Gruppen und Leitungen – auszubauen, um zur weiteren progressiven Entwicklung beizutragen.“²³

Als Zentren SED-freundlicher Traditionalisten fungierten unter anderem die 1966 gegründete Novembargesellschaft in Westberlin und der aus ihr hervorgegangene Republikanische Club (RC); der RC bildete in den späten sechziger Jahren eine der Schaltstellen der Berliner Studentenbewegung. In beiden Organisationen war das MfS mit Barthel und Staritz im inneren Zirkel vertreten. Einer Übersicht aus dem Jahr 1969 zufolge führte die Hauptverwaltung A (HVA) im RC daneben drei weitere Inoffizielle Mitarbeiter und vier Kontaktpersonen²⁴. Darüber hinaus wurde der RC von dem FDP-Bundestagsabgeordneten William Borm unterstützt, der als Einflußagent vom Leiter der HVA, Markus Wolf, persönlich geführt wurde. Angeblich stellte er dem Club bei seiner Gründung 150 000 DM zur Verfügung, die aus der Kasse der HVA stammten²⁵. Die Bedeutung dieser politischen Aktivitäten für die SED kann man daran ermesen, daß die MfS-Berichte darüber häufig direkt an Parteichef Walter Ulbricht gingen²⁶.

23 Konzeption zur weiteren Einflußnahme der FDJ auf den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) in Westdeutschland, Anlage zum Sekretariatsprotokoll Nr. 123, 23. 11. 1965; BuArch Bln. DY 24/1560/1. Dok. in: Michael Herms/Karla Popp, Westarbeit der FDJ 1946–1989. Eine Dokumentation, Berlin 1997, S. 324–332, hier: S. 324 ff.

24 HVA, Abteilung X: Plan aktiver Maßnahmen gegen die Bundesversammlung am 5. März in Westberlin vom 17. 2. 1969, Anlage: Aufstellung über operative Verbindungen zu Organisationen und Gruppen der APO in Westberlin; BStU, ZA, SdM 1439, Bl. 304.

25 Peter-Ferdinand Koch, Die feindlichen Brüder: DDR contra BRD – Eine Bilanz nach 50 Jahren Bruderkrieg, Bern 1994, S. 209. Koch beruft sich dabei auf die Anklageschrift gegen Markus Wolf, in der diese Feststellung jedoch nicht getroffen wird. Vgl. Der Generalbundesanwalt, Anklageschrift gegen Markus Wolf, Karlsruhe 1992 (Eigendruck), S. 234.

26 Ohne Kopf (maschinenschriftlich „Otto“): Einzelinformation über einige Probleme der „Linken“, insbesondere in Westberlin, vom 3. 3. 1967, Verteiler: Walter Ulbricht,

Vom MfS infiltriert waren auch die Versuche, in Berlin eine massenwirksame linke Zeitung ins Leben zu rufen. In der fünfköpfigen Vorbereitungskommission des vom „Spiegel“-Herausgeber Rudolf Augstein unterstützten Projektes war das MfS zunächst mit Heilmann und Barthel vertreten, von denen letzterer einen Großteil der Vorarbeiten leistete. Nach dem Rückzug Augsteins entwickelte Barthel dann die Idee, ein zumindest im Wahlkampf wöchentlich erscheinendes Extrablatt in Form einer Boulevard-Zeitung herauszugeben, von dem 1967 mehrere Ausgaben in Auflagen von 10 000 bis 50 000 Exemplaren erschienen. Daraus entstand schließlich der „Berliner Extra-Dienst“, der über ein Jahrzehnt lang als Sprachrohr linker Traditionalisten fungierte und dessen Geschäftsführer Walter Barthel wurde. Zwei ehemalige Mitarbeiter der HVA berichteten nach der Wende, daß das Blatt eng mit dem MfS verbunden gewesen sei. Die zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung sei von der für „aktive Maßnahmen“ zuständigen Abteilung X „massiv gefördert“ worden und hätte „ohne unsere redaktionellen Beiträge und ohne unser Geld gar nicht leben können“; ihr Chefredakteur Carl Guggomos hätte beim Staatssicherheitsdienst den Decknamen „Gustav“ getragen²⁷. Diese Aussagen werden indirekt durch einen von Markus Wolf unterschriebenen Plan vom Februar 1969 bestätigt, in dem unter anderem die „Herausgabe einer Sonderausgabe“ des „Extra-Dienstes“ und die Veröffentlichung einer Artikelserie darin beschlossen wurde²⁸.

Der vierscitige Plan mit „aktiven Maßnahmen“ zur Störung der Bundespräsidentenwahl in Westberlin, den Wolf 1969 an den Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, sandte, zeigt exemplarisch, wie das MfS die politischen Vorgaben der SED umsetzte. Die Sowjetunion und die DDR protestierten seinerzeit massiv gegen das Vorhaben der Bundesrepublik, die Wahl des Bundespräsidenten in Westberlin durchzuführen. Mittels aller „nutzbaren operativen Verbindungen in APO-Kreise“

Hermann Matern, Paul Verner u. a.; BStU, ZA, HVA 222, Bl. 297–305, hier: 300. Der Bericht enthielt auch den Hinweis: „Gegen Spenden aus der DDR hätte man nichts, wenn es anonym geschehe.“

27 Günter Bohnsack/Herbert Brehmer, Auftrag Irreführung: Wie die Stasi Politik im Westen machte, Hamburg 1992, S. 193. Vgl. ferner „Treffen auf der Parkbank. Die Ex-Stasi-Offiziere Günter Bohnsack und Herbert Brehmer über ihre Tricks gegen Geheimdienste und Medien“, in: Der Spiegel, Nr. 30/91 vom 22. 7. 1991, S. 58–63, hier: S. 60; Günter Bohnsack, Hauptverwaltung Aufklärung: Die Legende stirbt. Das Ende von Wolfs Geheimdienst, Berlin 1997, S. 107 f. Tatsächlich ist in den Unterlagen des MfS eine Quelle der HVA-Abteilung X mit dem Decknamen „Gustav“ und einer Registriernummer aus dem Jahr 1967 erfasst.

28 HVA, Abteilung X: Plan aktiver Maßnahmen gegen die Bundesversammlung am 5. März in Westberlin vom 17. 2. 1969; BStU, ZA, SdM 1439, Bl. 299–303, hier: Bl. 301.

wollte die HVA die Proteste der Studentenbewegung gegen die Bundesversammlung unterstützen. „Hilfe“ wollte man nicht nur „bei der Organisation politischer Demonstrationen (besonders bei der geplanten Veranstaltung des Republikanischen Klubs am 5.3. in Westberlin)“ leisten, sondern auch „bei der Erarbeitung und Verbreitung von Flugblättern und anderen Agitationsmaterialien (insbesondere einer Agitationsschrift des Westberliner Republikanischen Clubs über den Zusammenhang zwischen den Bonner Berlin-Provokationen und den Nachteilen für die Westberliner Bevölkerung)“. Die erwähnte Sonderausgabe des „Berliner Extra-Dienstes“ rief auf der Titelseite zur „Begrüßung“ der Wahlmänner am 5. März vor deren Hotel auf. Dort kam es dann zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, als Studenten die Zufahrt blockierten. Dem Plan war eine Liste beigefügt, der zu entnehmen ist, daß die HVA zu diesem Zeitpunkt in der Westberliner APO über 17 Inoffizielle Mitarbeiter und zehn Kontaktpersonen verfügte. 14 von ihnen waren im SDS aktiv, je zwei im Sozialistischen Hochschulbund (SHB), bei den Jungsozialisten und in der „Vereinigung Unabhängiger Sozialisten“ (VUS) sowie fünf im ASTA der Freien und der Technischen Universität²⁹.

Auch in den siebziger und achtziger Jahren suchten SED und MfS an westdeutschen Universitäten Einfluß auszuüben, worüber bislang jedoch nur vereinzelt Unterlagen aufgefunden wurden. Abstrakte Hinweise finden sich in einer Forschungsarbeit über die „politisch-operative Bearbeitung der Hochschulen in der BRD und in Westberlin“, die 1976 im Auftrag von Markus Wolf angefertigt wurde und in der der Nutzung der Hochschulen für „politisch-aktive Maßnahmen“ ein eigenes Kapitel gewidmet wird³⁰.

III. Friedensbewegung

Eine bedeutende Rolle für die SED spielte auch das politische Engagement von Friedensgruppen in der Bundesrepublik. Regelmäßig erarbeitete das Zentralkomitee Konzeptionen „für die weitere

29 HVA, Abteilung X: Plan aktiver Maßnahmen gegen die Bundesversammlung am 5. März in Westberlin vom 17. 2. 1969, Anlage: Aufstellung über operative Verbindungen zu Organisationen und Gruppen der APO in Westberlin; BStU, ZA, SdM 1439, Bl. 304.

30 HVA: Forschungsergebnisse zum Thema „Die politisch-operative Bearbeitung der Hochschulen in der BRD und in Westberlin“, GVS 211-A 20/76, S. 40; BStU, ASt Berlin, XV 6.

Entwicklung des Friedenskampfes in Westdeutschland“, für deren Umsetzung der eingangs zitierte Apparat der „Westarbeit“ verantwortlich war³¹. Auch hier liefen die Einflußnahmen auf mehreren Ebenen – über die von der SED angeleiteten kommunistischen Organisationen in Westdeutschland, über „neutrale“ DDR-Einrichtungen wie die Nationale Front oder der Friedensrat, über Funktionäre verschiedener Friedensvereinigungen in der Bundesrepublik sowie über geheime Operationen des Staatssicherheitsdienstes.

Anfang der achtziger Jahre konzentrierten sich die Anstrengungen der SED darauf, die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu verhindern. Als besonders erfolgreich erwies sich dabei der sogenannte Krefelder Appell, den nach Angaben seiner Initiatoren bis zum Herbst 1983 4,7 Millionen Menschen unterzeichneten³². Die Organisation der Kampagne lag in der Hand von Josef Weber, einem ehemaligen Wehrmachtsoberst, der seit Anfang der fünfziger Jahre in verschiedenen Friedenskampagnen tätig und Mitbegründer der Deutschen Friedensunion (DFU) war. Kontaktadresse der „Krefelder Initiative“ war die Bundesgeschäftsstelle der DFU, deren Direktorium Weber angehörte und die auch die Finanzierung übernahm.

Unterlagen aus dem Zentralkomitee der SED zeigen, daß die Geldmittel der DFU zum großen Teil aus der DDR stammten. Anfang der siebziger Jahre wurde sie von dort mit knapp fünf Millionen DM pro Jahr unterstützt; 1989 stellte die SED der DFU „Solidaritätsmittel“ in Höhe von 3,1 Millionen DM zur Verfügung und finanzierte 31 hauptamtliche Mitarbeiter³³. Die politische Anleitung der DFU erfolgte durch die DKP³⁴. Die engen

31 Vgl. Konzeption für die weitere Entwicklung des Friedenskampfes in Westdeutschland vom 28. 1. 1963; SAPMO-BA DY 30/IV A2/902/199.

32 Schreiben der Initiatoren an Bundeskanzler Helmut Kohl vom 6. 6. 1983, in: Unsere Zeit vom 10. 9. 1983.

33 Der Umfang der Finanzierung der DFU durch die DDR zu Beginn der siebziger Jahre geht aus einer geheimen Information für das Politbüromitglied Albert Norden zur Vorbereitung einer Zusammenkunft mit einer DFU-Delegation am 20. 2. 1973 hervor. Darin heißt es: „Geheim – nur persönlich. ... Die DFU erhält von uns monatlich 277 000 DM, die D(eutsche)V(olks)Z(eitung) 121 000 DM, zusätzlich für die DVZ von Interwerbung 5 000 DM.“ Zusammengerechnet erhielt die DFU damit jährlich 4 836 000 DM aus der DDR; SAPMO-BA DY 30 IV B 2/2.208/5, Bl. 34. Die Angaben für 1989 stammen aus: Struktur und Aufgaben der Abteilung Verkehr [der SED], dokumentiert in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski – Werkzeuge des SED-Regimes (Abschlußbericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages), Bonn 1994, Anlagenband 1, S. 305.

34 Westabteilung: Information über die weitere Tätigkeit der Deutschen Friedensunion in der BRD vom 25. 7. 1975,

Verbindungen der Krefelder-Appell-Organisatoren in die DDR macht eine Notiz des Friedensrates anschaulich, in der die „Arbeitsgruppe BRD“ über ein Gespräch mit Josef Weber im Januar 1981 berichtet. Danach beklagte sich Weber direkt in Ostberlin über den „Versuch des Abwerbens von Persönlichkeiten, die den Appell unterzeichnet haben, wie zum Beispiel Prof. Dr. h. c. Karl Bechert, für andere Friedensorganisationen (erhält Briefe vom Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, die einen anderen Inhalt haben als Briefe, die von Josef Weber im Auftrage des Unterzeichnerkreises an ihn gerichtet sind)“³⁵. Eine Woche später informierte der Leiter der Westabteilung des Zentralkomitees, Herbert Häber, den Generalsekretär der SED, Erich Honecker, über eine Zusammenkunft mit dem DKP-Vorsitzenden Herbert Mies und teilte unter anderem mit: „Ebenso wichtig ist die Bielefelder Initiative von Sozialdemokraten. Zu den Initiatoren gibt es Verbindungen. Es war und bleibt richtig, daß sich diese Initiative auf die Gewinnung von Mitgliedern und Funktionären der SPD konzentriert. Bestrebungen, sie möglichst rasch an den Krefelder Appell anzuschließen oder sogar dem bestehenden Komitee für Frieden und Abrüstung zuzuordnen, sind unterbunden worden.“³⁶

Auch das MfS hatte den Auftrag, die Anti-Raketen-Proteste in der Bundesrepublik zu fördern. Welche Bedeutung die Friedensbewegung für den Staatssicherheitsdienst hatte, kann man unter anderem den Sitzungsprotokollen seines obersten Führungsorgans, des sogenannten Kollegiums, entnehmen. Im Februar 1982 befahl Erich Mielke, die bundesdeutsche Friedensbewegung „stärker zu fördern und zu unterstützen“. Es gebe „sehr günstige Ansatzpunkte, um mit unseren Mitteln und Möglichkeiten politische Kräfte, die sich in dieser Bewegung engagiert haben, zu unterstützen sowie neue operativ bedeutsame Kontakte im Operati-

onsgebiet herzustellen und zu nutzen“³⁷. Ein Jahr später unterstrich er vor dem Gremium erneut die Notwendigkeit, die Anti-Raketen-Bewegung in der Bundesrepublik „durch geeignete, wirksame aktive Maßnahmen, unter Nutzung [der] Mittel und Möglichkeiten des MfS“ zu stärken. „Es ist Aufgabe des MfS beizutragen, jene Kräfte zu unterstützen (in der SPD und FDP), die realistisch denken und jetzt für Aufhebung des Raketenbeschlusses eintreten.“³⁸ In ähnlicher Weise äußerte sich auch Markus Wolf, als er im Januar 1982 vor der Parteiorganisation der HVA erklärte, daß mit deren Mitteln „ein nicht unerheblicher Beitrag zur weiteren Vertiefung und Ausweitung der Friedensbewegung in westeuropäischen NATO-Ländern und zur Einflußnahme auf die Entscheidungsfindung der betreffenden Regierungen geleistet“ worden sei. Trotz der erreichten Ergebnisse seien „weiter zunehmende Anstrengungen notwendig, um die Friedensbewegung in westeuropäischen Staaten mittels aktiver Maßnahmen weiter zu stärken und Spaltungsversuche abzuwehren“³⁹.

Verantwortlich war dafür in erster Linie die HVA, in deren Jahresplänen entsprechende Aufgaben vorgegeben waren. Über ihr konkretes Vorgehen liegen aufgrund der Aktenvernichtung so gut wie keine Unterlagen vor. Erhalten geblieben ist jedoch ein „Konzept für aktive Maßnahmen zur Förderung der Friedensbewegung in der BRD“ vom August 1981, das zum Ziel hatte, „den nachrichtendienstlichen Einfluß auf die sich in der BRD entwickelnde Friedensbewegung zu erhöhen, diese zu stimulieren und zu stärken“. Als „Zentrum der Maßnahmen“ war danach die Herausbildung von Friedensinitiativen innerhalb der Gewerkschaften zu fördern. Durch das „aktive Wirken“ von Inoffiziellen Mitarbeitern und Kontaktpersonen sollten ferner kirchliche Organisationen und Einrichtungen beider Konfessionen in die Friedensbewegung eingebunden werden. Namentlich Gruppierungen wie „Pax Christi“, „Bund der Deutschen Katholischen Jugend“ (BDKJ), Aktion „Ohne Rüstung leben“, „Aktion Sühnezeichen“ sowie die von Martin Niemöller geprägte Evangelische Kirche in Hessen-Nassau sollten von der HVA unterstützt werden.

S. 1; SAPMO-BA DY 30 IV AB 2/2.028/8. Mitgeteilt wird darin u. a., daß das Präsidium der DKP in seiner Sitzung vom 2. Juli 1975 eine Information über die weitere Tätigkeit der DFU zur Kenntnis nahm und „Empfehlungen vor allem in Richtung auf die stärkere Herausarbeitung des spezifischen Charakters dieser Vereinigung“ gab.

35 Notiz des Friedensrates der DDR, Arbeitsgruppe BRD, über ein Gespräch mit Josef Weber, Mitherausgeber des Krefelder Appells, am 26. 1. 1981, S. 2; SAPMO-BA DY 30 J IV 2/202-503.

36 Schreiben von Häber an Honecker vom 2. 2. 1981, S. 1 f.; SAPMO-BA DY 30 J IV 2/202-503. Die „Bielefelder Initiative“ wurde unter anderem von dem SPD-Bundestagsabgeordneten Dieter Begemann getragen und hatte im Dezember 1980 einen Appell vorgelegt, der die SPD aufforderte, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu verhindern. Der Appell ist dokumentiert in: Alfred Mechterschmeier (Hrsg.), Nachrüsten? Dokumente und Positionen zum NATO-Doppelbeschluß, Reinbek 1981, S. 252-254.

37 Material über die erweiterte Kollegiumssitzung vom 19. Februar 1982 zur Auswertung der Beratung des Sekretariates des ZK der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen, Anlage zum Schreiben Erich Mielkes vom 25. 2. 1982, S. 13ff; BStU, ZA, DS1 102825.

38 Hinweise für die Kollegiumssitzung am 26. 6. 1983, S. 4; BStU, ZA, SdM 1567.

39 Auszug aus dem Referat des Genossen Generaloberst Wolf auf der Aktivtagung der Parteiorganisation der HVA am 13. 1. 1982; BStU, AS1 Gera, BV Gera/Abt. XV 389, Bl. 10f.

Das Konzept macht eine Art Arbeitsteilung zwischen kommunistischen und geheimdienstlichen Kräften erkennbar. Das „operative Netz“, so heißt es da, könne die Arbeit der DKP nicht ersetzen, sondern sei „dort konzentriert, wo diese wenig wirksam ist“. Das MfS wollte vornehmlich in solchen Organisationen „aktive Arbeit“ leisten, die größere Einwirkungsmöglichkeiten auf SPD, FDP und Gewerkschaften hätten als die DKP, etwa beim Krefelder Appell, beim sozialdemokratischen Bielefelder Aufruf, beim Heidelberger Appell oder beim sogenannten Hamburger Forum. Auch in den Medien wollte man verschiedene Aktivitäten „fortsetzen“ wie die „Durchführung öffentlicher Foren und Pressekonferenzen von Politikern und Einzelpersonlichkeiten“ oder die „Veröffentlichung von Anzeigen in der Presse einschließlich lokaler Zeitungen“. Während des SPD-Parteitages im April 1982 wollte man durch Inoffizielle Mitarbeiter und Kontaktpersonen den politischen Druck auf die Parteiführung verstärken. „Eine wesentliche Aufgabe“, so heißt es in dem Konzept, „ist es, während der Tagung Initiativanträge zu formulieren und zu lancieren, um die Manöver der Führung zu unterlaufen.“⁴⁰

Zur Förderung der Friedensbewegung arbeitete das MfS eng mit dem KGB zusammen. In einem Bericht vom September 1982 heißt es, daß gemeinsam mit dem sowjetischen Geheimdienst „wichtige Beiträge zur Vertiefung und Erweiterung der Friedensbewegung“ geleistet worden seien. Hervorzuheben seien insbesondere die „Maßnahmen zur Beeinflussung von Politikern der SPD/FDP-Koalitionsregierung sowie holländischer und belgischer Regierungskreise, die Initiierung von Aktionen mit Massencharakter (Massendemonstrationen, Konferenzen usw.)“. Im Zusammenhang mit dem Europa-Besuch von US-Präsident Reagan seien „gezielte und Maßnahmen mit Massencharakter“ in der Bundesrepublik und Westberlin „politisch und organisatorisch mitorganisiert und gestaltet“ worden. Diese „forderten die Verurteilung und Nichtrealisierung des Brüsseler Raketenbeschlusses, der Konfrontationspolitik von Reagan und Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA“. Die Bewegung „Generale für den Frieden“, so heißt es schließlich, „wurde weiter ausgebaut, tritt auf internationaler Ebene auf (einschließlich im Rahmen der UNO) und ist fester Bestandteil der Friedensbewegung“⁴¹.

40 HVA, Abt. II; Konzept für aktive Maßnahmen zur Förderung der Friedensbewegung in der BRD vom 17. 8. 1981, auszugsweise dokumentiert in: Rita Sélitrenny/Thilo Weichert, Das unheimliche Erbe: Die Spionageabteilung der Stasi, Leipzig 1991, S. 196–200.

41 Ohne Autor, ohne Titel [Bericht über gemeinsame aktive Maßnahmen des MfS mit dem KGB] vom 3. 9. 1982; BStU, ZA, ZAIG 5171, Bl. 111 f.

In seinen „Erinnerungen“ beschreibt Markus Wolf ausführlich, wie das MfS die Gruppierung „Generale für den Frieden“ infiltrierte. Schon kurz nach deren Gründung sei eine „Quelle“ in Hamburg an den Organisator, Professor Gerhard Kade, herangetreten. Da dieser zu Gesprächen mit Abgesandten der DDR bereit schien, habe Wolf zwei Mitarbeiter zu ihm geschickt, die vorgaben, im Auftrag des Ministerrates der DDR zu kommen. Als Kade diesen gegenüber meinte, ein jährlicher „Zuschuß“ von 100 000 DM würde der Gruppe „die Öffentlichkeitsarbeit entscheidend erleichtern“, habe Wolf diese Summe umgehend „bewilligt“. Obwohl die Gruppe kein Sprachrohr Moskaus gewesen sei, erkannte man Wolf zufolge „in Erklärungen der Generale den Einfluß wieder, den wir über Kade ausübten“⁴².

Den Ermittlungen der Bundesanwaltschaft zufolge beruhte sogar die gesamte Gründung der Gruppe auf einer Initiative der HVA. Danach wurde der Abteilung I bereits Ende der siebziger Jahre die Aufgabe zugewiesen, in Zusammenarbeit mit der Abteilung II pensionierte Generale und Admirale, die als „Multiplikatoren“ für die militärpolitischen Positionen des Warschauer Paktes geeignet erschienen, zu einer „nachrichtendienstlich steuerbaren Gruppe zusammenzuführen“. Die Gruppe, der neben ehemaligen Militärs aus Norwegen, Portugal, England, Griechenland, Italien, Frankreich und den Niederlanden auch die westdeutschen Generale a. D. Gert Bastian und Günter Vollmer angehörten, sei in der Folgezeit mit einer Vielzahl von Argumentationspapieren und Hintergrundmaterialien versorgt worden, die von Mitarbeitern der HVA-Abteilung X zum Teil in enger Zusammenarbeit mit dem KGB ausgearbeitet worden seien. Diese Unterlagen seien ausschließlich durch Führungsoffiziere der Abteilung I und II weitergeleitet worden, die auch über eine „operative Verbindung“ zum Kölner Pahl-Rugenstein-Verlag verfügt hätten, in dem wichtige Schriften der Gruppierung erschienen⁴³. Als die politische Dimension der „Generalsbewegung“ den nachrichtendienstlichen Rahmen gesprengt hätte, sei der Leiter der Abteilung Auslandsinformation des Zentralkomitees und Schwiegersohn Erich Honeckers, Manfred Feist, mit der weiteren Anleitung des Vorgangs beauftragt worden – nun übernahm der Friedensrat der DDR die Steuerung⁴⁴.

42 Markus Wolf, Spionagechef im geheimen Krieg, Erinnerungen, München 1997, S. 343.

43 Vgl. Generale für den Frieden. Interviews von Gerhard Kade, Köln 1981.

44 Der Generalbundesanwalt, Anklageschrift gegen Rolf Günter Wagenbreth, Wolfgang Albert Mutz, Rolf Otto Herbert Rabe, Bernd Werner Michels, Karlsruhe 1993 (Eigen-druck), S. 61–63.